

Appell an die internationale Gemeinschaft und deutsche Politik

Genf II: Verhandeln ohne Vorbedingungen ist die Basis für Erfolg

Die IPPNW sieht in den Verhandlungen in Genf eine wichtige Chance, einen Fortschritt auf dem Weg zu einer Friedenslösung für Syrien zu erreichen. Für das Zustandekommen und den Erfolg der Konferenz gibt es zentrale Bedingungen. Sie sind zugleich die Grundlage für den weiteren politischen Prozess, der das Ziel hat, ein einheitliches demokratisches, multi-ethnisches und multi-religiöses Syrien zu schaffen.

Grundlegend ist die Beteiligung aller im Krieg involvierten inländischen und ausländischen Kräfte - und dies ohne Vorbedingungen. Daraus ergeben sich praktische Konsequenzen für die Vorbereitung und Durchführung des Treffens. Diplomatische Beziehungen zwischen allen Kräften sind notwendig. Die an den Verhandlungen Beteiligten dürfen nicht gedrängt oder gezwungen werden, sich von einer vorgegebenen Repräsentation vertreten zu lassen, sondern müssen ihre eigene Stimme erheben können. Das trifft besonders für die gleichberechtigte Beteiligung der vielfältigen Oppositionsgruppen aus Syrien selbst zu. Ein besonderer Stellenwert für die friedliche politische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes gebührt den Frauen Syriens. Die IPPNW erwartet die Einladung einer Delegation aus Frauen aus allen Teilen der Gesellschaft, wie sie sich z.B. um die „Syrian Women’s Charter“ gefunden haben.

Nur auf der Grundlage von Offenheit und Unvoreingenommenheit kann ein Prozess in Gang gesetzt werden, der dem Ziel einer friedlichen Entwicklung für Syrien entspricht. Ein bedeutungsvoller und schwieriger inner-syrischer Beitrag dazu wird sein, sich nicht von den Verletzungen, die aus drei Jahren Bürgerkrieg und den vorherigen Konflikten resultieren, lähmen zu lassen. Gemeinsam müssen Formen für eine spätere Aufarbeitung und Versöhnung gefunden werden.

Für Genf II und den weiteren friedenspolitischen Prozess kann und muss Deutschland einen wesentlichen politischen und materiellen Beitrag leisten. Angesichts des Kriegsverlaufes ist die unbegrenzte Aufnahme von Syrern in Deutschland, wie auch in anderen Ländern notwendig. Zugleich müssen die umfassenden Sanktionen gegen das Land beendet werden, während jegliche militärische Förderung des Konfliktes von außen gestoppt wird. Das betrifft sowohl einen von allen getragenen resoluten Bann gegen Waffenlieferungen an die inner-syrischen Konfliktparteien, als auch das Ende jeglicher militärischer Präsenz in der Region. In bezug auf Deutschland bedeutet das den Rückzug deutscher und anderer Nato-Raketeneinheiten von der türkisch-syrischen Grenze und den Rückzug von Marineeinheiten im Mittelmeer.

Ein konsequentes Konzept deutscher und internationaler Politik gegenüber Syrien besteht sowohl in einem Ende militärischer Maßnahmen oder Drohungen als auch auf der politischen Ebene in dem Gesprächsangebot an alle Seiten. Das bedeutet die Wiederaufnahme und Normalisierung diplomatischer Beziehungen zu Syrien, die aktuell von dem dringenden Ziel geleitet werden sollten, lokale und regionale Waffenstillstände zu erreichen, um vor Ort den Genfer Prozess zu befördern.

Eine Richtungsänderung hin zu einem echten Dialog ist mühsam, der angestoßene Friedensprozess ist fragil. Aussicht auf Erfolg hat er nur, wenn diejenigen, die ihn im Munde führen, ihn nicht durch ihre Politik konterkarieren. 130.000 Tote und über 6 Millionen Flüchtlinge sind mehr als genug!

Vorstand der deutschen Sektion der IPPNW